

Corona in den USA – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies.

15. Januar 2021

„Vor der Amtseinführung – Welche Herausforderungen warten auf die Biden-Administration?“

Martin Thunert, HCA

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zum Podcast des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg, mein Name ist Anja Schüler. Eine Woche vor der Amtseinführung des 46. Präsidenten der USA wollten wir eigentlich einen Blick voraus werfen auf die Agenda der beiden Administrationen, bei der ja nicht zuletzt die Bekämpfung der Coronapandemie eine wichtige Rolle spielen wird. Auch die USA melden fast täglich neue Höchststände an Neuinfektionen und Todesfällen. Wir werden aber auch heute noch einmal zunächst den Blick zurück wenden auf die Ereignisse vom 6. Januar, als ein vom Präsidenten angestachelter Mob das amerikanische Parlament stürmte, in dem die Abgeordneten dabei waren, den Wahlsieg von Joe Biden und Kamala Harris zu bestätigen. Mein heutiger Gast im HCA Podcast ist fast schon ein alter Bekannter für Sie, liebe Hörerinnen und Hörer, ich begrüße Martin Thunert, den Senior Lecturer Politikwissenschaft am HCA. Herzlich willkommen!

Martin Thunert: Ja, herzlich willkommen, freut mich.

Dr. Anja Schüler: Rufe nach einer Amtsenthebung Donald Trumps wurden ja bereits unmittelbar nach den Ereignissen der letzten Woche laut. Inzwischen ist der erste Schritt getan, das *House of Representatives* hat den Präsidenten eine Woche vor Ende seiner Amtszeit angeklagt. Wie ist denn der Stand der Dinge?

Martin Thunert: Also nach meinem Kenntnisstand, und das ist glaube ich Allgemeinwissen, ist Trump auch hier beispiellos, wie in so vielen anderen Dingen auch. Nicht nur war er der erste Präsident, der auch schon in seiner ersten Amtszeit damals vor knapp einem Jahr, amtsangeklagt wurde und freigesprochen wurde. Er ist auch der erste, der jetzt zum zweiten Mal innerhalb einer Amtszeit vom Repräsentantenhaus angeklagt wurde. Der Unterschied zu der Amtsanklage Ende 2019, also der ersten wegen der Ukraine Affäre ist, dass diesmal zehn republikanische Kongressmitglieder, also Mitglieder des Repräsentantenhauses, sich dem

Impeachment, für das, glaube ich, alle anwesenden Demokraten gestimmt haben, es waren nicht alle 435 anwesend, aber es haben sich zehn von ungefähr 212 Abgeordneten der Republikaner diesmal angeschlossen. Das ist natürlich, wenn man so will, symbolisch wichtig, es ist *bipartisan* jetzt. Andererseits sind zehn von 212 nach meiner Auffassung kein überwältigendes Misstrauensvotum der eigenen Partei. Aber das überrascht mich auch nicht, denn Du hattest es ja angesprochen, diesen Einspruch gegen die Zertifizierung des Wahlsiegs von Joe Biden hatten ja, glaube ich, ungefähr 145 republikanische Hausabgeordnete, also mehr als zwei Drittel der Fraktion, zugestimmt, und daher ist es jetzt nicht überraschend. Aber immerhin kann man jetzt sagen, anders als das letzte Mal, die Amtsanklage wird auch von einem kleinen Teil der Republikaner mitgetragen. Und jetzt muss das Haus überlegen, wann die sogenannten *Impeachment Manager* diese Amtsanklage an den Senat weiterreichen, denn der Senat müsste dann, wenn er sie erhält, die *Articles of Impeachment*, es geht ja um Anstiftung zu einem Aufstand, das ist der einzige Punkt, in dem er angeklagt wird, also letztes Mal waren es zwei Punkte, aber wenn der Senat sie erhält, muss er auch sehr schnell agieren. Und da glauben jetzt eben viele, darauf werden wir sicherlich noch kommen, dass das jetzt nicht sofort geschieht.

Anja Schüler: Auf jeden Fall würde der Senat ja reagieren, wenn Trump nicht mehr im Amt ist. Kann man denn einen Präsidenten auch noch nachträglich des Amtes entheben? Und warum wäre das wichtig? Denn so ein Verfahren, das kann man sich ja vorstellen, würde Trump ja nochmal eine Bühne bieten und kann ja am Ende auch mit einem Freispruch enden.

Martin Thunert: Absolut, denn es ist genauso wie vor einem Jahr: eine Verurteilung und anschließenden Entfernung aus dem Amt ist unrealistisch, denn der Senat wird frühestens, könnte sich frühestens am 19., also unmittelbar einen Tag vor Amtseinführung von Biden damit beschäftigen, jetzt ist der Senat noch kontrolliert, bis dahin von Mitch McConnell, also dem republikanischen Mehrheitsführer. Auch das ändert sich dann am 20., dann ist Charles Schumer der Mann, der im Senat die Geschäftsordnungsdinge bestimmt, Senator von New York. Also, ich glaube, um die Biden'sche Amtseinführung nicht zu überschatten, aber noch wichtiger, um den Senat, der ja gleich nach Bidens Amtsantritt aktiv werden muss, um die ganzen Ernennungen von Joe Biden, also von den Ministern zu Behördenleitern zu Bundesrichtern, irgendwann vielleicht auch mal, wenn es eine Vakanz gibt, wieder

ein *Supreme Court* Richter, um das jetzt nicht zu sehr zu verschleppen oder zu überschatten, ist es glaube ich nicht im Interesse, im dann von den Demokraten geführten Senat die Verhandlungen über die Anklage zu führen. Ich glaube, wenn mich die Historiker nicht korrigieren, dass es das noch nicht gegeben hat, dass ein *trial*, also ein Prozess stattfand, nachdem der Präsident nicht mehr im Amt war. Ich könnte mir auch vorstellen, dass die Trump-Leute dagegen verfassungsrechtliche Bedenken haben und auch versuchen werden, das vor den Supreme Court zu bringen. Einer der Senatoren, der Trump-freundliche Tom Cotton aus Arkansas, auch ein möglicher Aspirant auf eine spätere Präsidentschaftskandidatur, hat schon gesagt, der ist selber auch Jurist, dass er das für verfassungswidrig hält. Aber das werden wir sehen. Ich glaube, ein Grund, warum es vielleicht gemacht wird, so im April, im Mai oder wann auch immer, mit den ganzen Risiken, die Du schon genannt hast, aus welchen Gründen ich es persönlich nicht machen würde. Aber wenn Trump tatsächlich von 67 Senatoren aus dem Amt entfernt wird, also man bräuchte, wenn alle Demokraten dahinterstehen, 17 Republikaner. Kamala Harris spielt da keine Rolle, die Vizepräsidentin. Selbst wenn das gelänge, dann könnte man nochmal an einer neuen, in zwei neuen Abstimmungen, allerdings dann nur mit einfacher Mehrheit, entscheiden, dass Trump seine – in Deutschland heißt das glaube ich bei Präsidenten Ehrensold, also gewisse Bezüge, Ruhestandsbezüge – gestrichen werden. Da würde ich sagen, das ist kein Drohinstrument, denn Trump hat auch in den vier Jahren immer nur einen Dollar pro Monat für das Präsidentenamt bekommen, er hat darauf verzichtet, auf das Gehalt. Also damit kann man ihm nicht erpressen, er ist nicht Christian Wulff, um es mal salopp zu sagen. Das zweite ist aber, glaube ich, wichtiger und könnte auch bei den Motiven, ob Republikaner auch für die Amtsentfernung nachträglich stimmen, wichtig sein, denn der Kongress, der Senat könnte mit einfacher Mehrheit beschließen, dass Trump kein politisches Bundesamt mehr ausüben darf, dass er also nicht mehr antreten dürfte. Und da glaube ich auch, dass das verfassungsrechtlich umstritten ist, dass Trump sofort auch versuchen würde, hier ein *Supreme Court* Urteil zu erlangen. Ich könnte mir vorstellen, so wie der *Supreme Court* zusammengesetzt ist, dass das vielleicht auch nicht durchgeht. Ich denke, um Trump sozusagen daran zu hindern, wieder für hohe Ämter zu kandidieren, wäre wahrscheinlich eine hohe Strafe in einem zivilen Prozess oder in einem Strafprozess gegen den Privatmann Trump, so wie ich das amerikanische Recht einschätze, da müssten wir vielleicht nochmal die Juristen fragen, aber wenn man zu

einer gewissen Höhe einer Haftstrafe verurteilt ist, kann man ja auch in einigen Bundesstaaten erst mal nicht mehr wählen. Und das dürfte auch das passive Wahlrecht umfassen, also man kann sich auch nicht mehr wählen lassen. Also wenn das das Ziel ist, halte ich diesen Weg über das einfache Justizverfahren zu gehen, und Trump wird in einigen Punkten angeklagt werden im Staat New York vor allen Dingen, das könnte auch ein erfolgversprechender Weg sein. Aber im Moment, wenn ich darauf wetten müsste, würde ich sagen ja, fünf oder sechs Senatoren, nicht nur Mitt Romney, auch noch vier, fünf andere würden vielleicht für seine Verurteilung stimmen. Wir brauchen keinen Namen, aber Lisa Murkowski aus Alaska, Ben Sasse aus Nebraska, das wären so die üblichen Verdächtigen, und vielleicht noch zwei, drei andere. Ich glaube nicht, dass im Moment die 17 zustande kommen. Allerdings wissen wir auch nicht, was Trump noch in den Monaten dazwischen als Privatmann so alles macht. Also Trump ist immer für Überraschungen gut, aber er kriegt natürlich dann eine wahnsinnige Aufmerksamkeit, kann sich als Opfer stilisieren. Wenn er freigesprochen wird, kann er sich wieder mit einer Zeitung hinstellen, wo "acquitted" draufsteht, also ich weiß nicht, ob ich das Risiko als Senator oder als Senat eingehen würde.

Anja Schüler: Also man könnte auf verschiedenen Wegen erreichen, dass er sozusagen in Zukunft kein politisches Amt mehr bekleiden kann, auch eben mit einem Zivil- oder Strafprozess.

Martin Thunert: Das glaube ich zumindest, das kommt darauf an, wegen Bundesstaaten und so weiter, aber das müsste man auch nochmal juristisch genau angucken, aber das wäre eine Alternative, glaube ich als, als Laie.

Anja Schüler: Nun ist ja viel die Rede davon, dass der neue Präsident das Land einen muss. Kann man sich das nach den Ereignissen der letzten Woche überhaupt noch vorstellen?

Martin Thunert: Ja, es ist schwer vorzustellen und natürlich gibt es auch Signale im Lager der Demokraten, z.B. die Amtsanfrage und mögliche Amtsentfernung von Trump wäre nicht unbedingt dazu da, zu versöhnen. Und ich denke, auch bei den Demokraten gibt es natürlich im Moment einen Teil, und das kann ich auch so ein klein wenig nachvollziehen, die wollen jetzt nicht unbedingt versöhnen, sondern regieren, und sie wollen mit demokratischer Handschrift regieren. Die werden nicht

alles das durchsetzen, was sie sich erhoffen an strukturellen Reformen, aber ich glaube, die beste Vereinigungsstrategie im Moment sind Taten, nämlich den Menschen in den USA zu helfen, oder zu zeigen, dass Washington, dass die Bundesregierung sowohl bei der medizinischen Bekämpfung der Corona-Pandemie, also einer besseren Impfstrategie, aber vor allen Dingen auch wirtschaftlich den Leuten, die in Not sind, helfen kann, weil da hakt es ja seit einem halben Jahr. Und das ist, glaube ich, besser als jede Sonntagsrede. Ansonsten glaube ich nicht, dass dieser Zustand den, Manfred Berg sagt bürgerkriegsähnliche Zustände, der Kollege Torben Lütjen in seinem Buch "Kalten Bürgerkrieg" nennt, dass der sehr bald enden wird, denn 70 Millionen Amerikaner, die Trump gewählt haben, wollen es Biden eher zeigen, und wahrscheinlich zwei Drittel von denen sind überzeugt, dass Biden nur durch massenhaft gefälschte Briefwahlstimmen Präsident wurde. Und von daher glaube ich, dass er von der Opposition keinen Honeymoon bekommen wird. Dazu ist das Ergebnis auch zu knapp, und die Republikaner haben die realistische Chance auch 2022 vielleicht wieder Erfolge zu erzielen im Kongress. Also ich sehe im Moment, dass das eigentlich nur über Taten gehen kann, wenn Bürger, die vielleicht keine knallharten Trump-Supporter aber Republikaner sind, sehen, ja, Washington kann mir wirklich helfen und die Biden Administration macht einen Unterschied beim Corona-Management, beim Bekämpfen der Krise, wirtschaftlich und medizinisch, im Gegensatz zu der chaotischen und zum Teil dilettantischen Art, wie es bei Trump gehandhabt wurde.

Anja Schüler: Die knappen Mehrheitsverhältnisse im Kongress hast du jetzt eben schon angesprochen. Die Demokraten haben eine Mehrheit im Repräsentantenhaus, die ist allerdings kleiner geworden seit den Wahlen. Und sie haben jetzt vor allen Dingen nach den gewonnenen Nachwahlen in Georgia auch einen hauchdünnen Vorsprung im Senat. In den deutschen Medien war jetzt hier und da zu lesen, dass Joe Biden durchregieren kann. Davon kann ja keine Rede sein.

Martin Thunert: Nein, ich glaube, das Wort "durchregieren" ist im US-Kontext überhaupt etwas deplatziert. Durchregieren kann man im parlamentarischen System wie dem britischen, wenn man da eine absolute Mehrheit mit zehn, zwanzig Stimmen Vorsprung hat, Macron kann das im Moment, zumindest technisch noch, auch einen Kanzler mit einer starken, mit einer klaren Koalition, eine Kanzlerin, kann das auch. In den USA ging das früher deswegen, also Präsidenten wie Nixon, wie Reagan

hatten eigentlich nie eine Mehrheit im Kongress. Die Demokraten hatten den Kongress 1954-94. Reagan hatte mal ein paar Jahre eine Mehrheit im Senat, aber nie im Haus. Aber damals gab es unheimlich viele Abstimmungen, auch über ganz zentrale Dinge, wie die Bürgerrechtsgesetzgebungen, wie die Sozialgesetzgebung der 60er Jahre, Medicare, die Krankenversicherung für die Senioren, die sind mit großen oder auch manchmal kleineren parteiübergreifenden Mehrheiten durchgegangen; liberale Republikaner aus den Nordstaaten und konservative Demokraten aus dem Süden waren dagegen, aber es gab immer Mehrheiten, und das hat in den 90er Jahren auch noch geklappt. Wir erinnern uns an sowas wie NAFTA, das ist damals auch von Clinton mit der Mehrheit der anderen Partei verabschiedet worden; oder die WTO Ratifizierung. Aber in der Polarisierung gibt es diese Gemäßigten auf beiden Seiten nicht mehr, also fast jeder Demokrat ist heute weniger konservativ als der liberalste Republikaner, und von daher reicht so eine knappe Mehrheit nicht. Und sie reicht im Senat schon gar nicht, weil es da immer noch die Filibuster Regel gibt, nämlich, dass ein Senator nicht unterbrochen werden darf, es sei denn, man hat 60 Stimmen, die ihn unterbrechen. Obama hatte mal so einen ganz kurzen Moment 2009, als er 60 Senatoren seiner Partei hatte und genau in der Zeit ist dann auch *Obamacare*, sein großes Gesundheitsgesetz, durchgegangen. Es gibt allerdings ein paar Verfahrenstricks, mit denen man sozusagen auch ein Gesetz durch den Senat kriegen kann ohne die 60, und das nennt sich *Budget Reconciliation*. Ich will jetzt nicht auf die technischen Details eingehen. Damit könnte aber zum Beispiel Biden probieren, einige Haushaltsdinge durchzubekommen, auch wenn er keine Unterstützung bekommt von 60 Senatoren. Er könnte damit auch, glaube ich, die Weiterentwicklung von *Obamacare* am Filibuster vorbeikommen, aber es wird auch die Diskussion aufkommen in seiner Partei, man kann den Filibuster mit 51 Stimmen, also mit einer einfachen Mehrheit, könnte man ihn auch abschaffen. Da wird es Druck geben; ich bin nicht sicher, Biden hat sich dazu noch nicht genau geäußert, aber es gibt schon ein, zwei seiner eigenen Leute, Joe Manchin aus West Virginia, z.B., der Senator, der in einem Trump-Staat lebt, ja, da haben 60 Prozent für Trump gestimmt, und der Mann will wiedergewählt werden, und der hat schon gesagt, bei sowas bin ich vielleicht nicht dabei. Also das wäre aber die einzige Möglichkeit, den Filibuster komplett abzuschaffen. Er ist abgeschafft, schon für Ernennungen von Personalentscheidungen, auch bei *Supreme Court* Richtern, das heißt deswegen erwarte ich, dass Biden jetzt bei der Bestellung seines Kabinetts keine allzu großen

Schwierigkeiten hat. Aber sobald er gesetzgeberisch regieren will, muss er entweder Republikaner zu sich rüberziehen und dadurch vielleicht die pure Handschrift der Demokraten verwässern, oder er muss es, wie gesagt, mit Geschäftsordnungstricks tun, die Biden natürlich selber noch kennt aus seiner Zeit. Er ist einer, der ist länger im Senat gewesen als fast alle anderen, die da jetzt sitzen. Also das ist die Situation, aber durchregieren kann man das nicht nennen.

Anja Schüler: Aber immerhin – die Demokraten haben eine knappe Mehrheit im Parlament und damit hat ja ein neuer Präsident, das haben wir ja schon öfter gesehen, noch einen gewissen Handlungsspielraum, aber die Zeit läuft nämlich bis zu den Kongresswahlen in zwei Jahren, dann können sich die Mehrheitsverhältnisse auch wieder verschieben. Was müssen Joe Biden und Kamala Harris denn bis dahin auf den Weg bringen?

Martin Thunert: Kamala Harris muss vor allen Dingen bei den tatsächlich knappen 50:50 Entscheidungen, wenn es dann zu diesem Patt kommt, muss sie in der Nähe sein des Senats. Sie kann nicht ihre Stimme abgeben, wenn sie auf Reisen wäre, und in Deutschland, zum Beispiel Truppenbesuch oder ähnliches ist. Also es wird ihre Reisetätigkeit ziemlich stark einschränken, denn sie muss in einer Stunde oder so bereitstehen, im Senat persönlich ihre Stimme abzugeben, wenn es zum Patt kommt. Ich glaube, dass das jetzt erstmal den *fun-factor* des Amtes ein bisschen reduziert, aber politisch wird sie natürlich dadurch stärker. Ich würde die Reihenfolge sagen, wie jetzt die neue Regierung vorgehen wird: Erstmal Corona. Er hat ja auch, oder Trump hat die Wahl in erster Linie auch wegen dieses völlig verpfuschten Corona-Managements verloren und, aber wir wissen auch aus der Wahlmotivation, Wirtschaft und Corona sind für drei Viertel der Amerikaner gleich wichtig. Ein paar finden Corona wichtiger als andere, und da müssen sie was tun. Sie müssen, wie ich schon vorhin gesagt habe, etwas tun, wo die Menschen medizinisch einen Fortschritt sehen, aber vor allen Dingen auch wirtschaftlich. Und da sehe ich in der Tat Möglichkeiten, auch etwas durch den Kongress zu bringen. Dieser berühmte 2.000 Dollar Scheck von den progressive Demokraten, aber auch ein Teil ironischerweise gerade der Trump-Republikaner wollen das auch, wo der Widerstand eher bei Fiskalkonservativen in beiden Parteien ist, ich glaube dafür könnte ich mir eine Mehrheit vorstellen. Vielleicht nicht als Gießkannensumme für jeden, sondern ein bisschen stärker nach Bedürftigkeit, das ist die Kritik einiger der gemäßigten Demokraten an dieser

Maßnahme. Aber bei den Corona-Hilfen sehe ich tatsächlich Erfolge. Dann steht in der Außenpolitik eine mögliche Verlängerung des von beiden Seiten gekündigten Rüstungswachstums also *New Start*-Abkommen an, jetzt gleich im Februar. Auch da wird Biden möglicherweise eine Verlängerung hinkriegen, und dann wird ein Abtasten mit den Europäern folgen. Trump hat Biden jetzt noch einige Kuckuckseier ins Nest gelegt. Er hat Kuba auf die Terrorliste gesetzt, das sozusagen unterbricht Handelsketten für Kuba bis Biden das wieder zurücknehmen kann. Er hat die, zum Ärger der Volksrepublik China, der kommunistischen Führung, er hat jetzt nochmal auch hohe amerikanische Delegationen nach Taiwan gelassen. Also er hat Biden auch ein paar Schwierigkeiten noch mitgegeben. Wir wissen nicht, ob Nordkorea diese Übergangsphase jetzt mit der neuen Administration zu neuen Provokationen und Atomtests nutzen wird. Also das sind so die Dinge, glaube ich, wo Biden jetzt aktiv sein wird in den ersten Monaten.

Anja Schüler: Nun hat sich ja die Demokratische Partei im Wahlkampf, als es galt, Donald Trump zu besiegen, eher geschlossen gezeigt. Bei einzelnen politischen Programmpunkten aber liegen ihre Flügel recht weit auseinander. Werden wir jetzt mehr Uneinigkeit innerhalb der Partei sehen, beispielsweise bei den Themen Gesundheit oder Klima?

Martin Thunert: Also ich glaube, bei Klima ist er vielleicht sogar in der Lage, jetzt nicht gesetzgeberisch, aber er kann den Wiedereintritt der USA in das Pariser Abkommen, das kann er als Präsident quasi verfügen und das wird Streit geben. Jetzt, wo das große einigende Feindbild Trump weg ist, wird es Streit geben, zum Beispiel über die Frage reguliert man, zerschlägt man sogar einige Tech-Konzerne. Da sind sicherlich die Leute, die in Biden-Nähe sind, oft sehr stark mit Silicon Valley verbandelt gewesen, in ihren beruflichen Vergangenheiten oder auch zwischen ihren politischen Jobs. Aber da gibt's auch einen Flügel in der Partei, der da anders agiert, und der kriegt jetzt ironischerweise auch noch Nahrung, durchaus unter anderem durch den *Twitter Ban*, auch von sehr konservativen Republikanern. Das ist sicherlich ein Streitthema. Und dann natürlich auch, wie weit so Klimaschutzmaßnahmen, die Biden sicherlich auch wieder per Dekret einleiten kann, inwieweit die in Richtung *Green New Deal* gehen. Ich denke bei der Totalumstellung der Krankenversicherung auf ein sogenanntes *Single Payer* oder *Medicare* System, also eine einzige staatliche Krankenversicherung nach kanadischem oder in gewisser Weise auch nach britischem

Muster, das wird es, glaube ich, mit Biden nicht geben. Da hat er auch schon sehr klar gesagt, dafür gibt's ja auch im Moment glaube ich keine Mehrheiten und ja, die Risse werden auftauchen, die Demokratische Partei, und das gilt natürlich für beide Parteien, aber die Demokratische Partei ist eine unheimlich bunte und vielfältige Partei, auch ihre Kongressfraktion ist so bunt wie fast noch nie, aber Buntheit macht es nicht leichter, wenn ich eine Regierung stützen muss, und wenn ich knappe Mehrheiten habe. Und die Disziplin, die Trump jetzt bei allen ausgelöst hat für den Wahlkampf, die wird ohne Trump so stark nicht mehr sein, so dass Biden hier auch sozusagen einen Drahtseilakt machen muss, er darf diese Progressiven auch nicht völlig verprellen. In meinen Augen hätte er bei der Kabinettszusammensetzung, vielleicht auch beim *Attorney General*, also beim Justizminister, ein unheimlich wichtiges innenpolitisches Amt, vielleicht das wichtigste überhaupt in den USA, weil die Person ist Generalstaatsanwalt und Minister in einer Person, da hätte er vielleicht etwas mehr auf den progressiven Flügel zugehen können. Aber wir werden sehen, wie sich der progressive *Caucus* verhält und vor allen Dingen wird es jetzt an Nancy Pelosi liegen, ihre Fraktion zu managen und hinter ihn zu bringen.

Anja Schüler: Ja, nun kann man ja Mehrheiten im Parlament auch, du hast es vorhin schon erwähnt, durch überparteiliche Zusammenarbeit erreichen. Das ist ja auch jahrzehntelang gut gegangen. Aber diese überparteiliche Zusammenarbeit ist ja in den letzten Jahren fast zum Erliegen gekommen. Sind denn Themen vorstellbar, die diese Zusammenarbeit von Demokraten und Republikanern, die sogenannte *bipartisanship*, wiederbeleben könnten?

Martin Thunert: Das es die jetzt im großen Stil gibt, glaube ich nicht, aber sie hat es auch selbst in der Trump-Ära punktuell gegeben, etwa bei der Verabschiedung dieses neuen Handelsabkommens mit Kanada, Mexiko, also USMCA, was NAFTA ersetzte, haben die Demokraten mitstimmen müssen, sonst wäre das nicht durch den Kongress gegangen. Also ich sehe bei den Corona-Hilfen punktuell, sehe ich natürlich Übereinstimmungen. Dann das, was Trump erstaunlicherweise nie gemacht hat, nämlich die Infrastruktur Amerikas mit auch staatlichen Initiativen zu verbessern, anzukurbeln, um auch die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, ich denke, da gibt es tatsächlich übergreifende Mehrheiten. Es hat auch kuriose Volksabstimmungen in einzelnen Bundesstaaten gegeben, die eigentlich an Trump gingen, nämlich in Florida, wo sich dann dieselben Wähler für einen hohen Mindestlohn eingesetzt

haben, von 15 Dollar auf Bundesebene. Also selbst da wären punktuelle Berührungen, glaube ich, möglich. In der Außenpolitik glaube ich, dass eine harte Haltung gegen China grundsätzlich von drei Viertel der U.S.-Bevölkerung, wenn Umfragen nicht falsch liegen, unterstützt wird, das heißt aber nicht, dass die jetzt bestimmte Instrumente, ob das jetzt Strafzölle sind oder andere Maßnahmen, härteres Vorgehen gegen den *Crack Down* in Hongkong und so weiter, aber dass die jetzt zu einer weichen Haltung kommen, die sagt, ja, China wird sich liberalisieren im Inneren, wenn wir sie von außen nicht so hart anfassen. Diese Haltung ist, glaube ich, vorbei, die wird auch von Biden nicht mehr verfolgt. Und selbst beim Thema Justizreformen, das ist ja auch schon unter Trump angeklungen, dass also bei dem *Sentencing*, also bei der Bestrafung für Bagatelldelikte, dass da Leute nicht mehr so drastische Strafen bekommen oder vielleicht dann auch Leute, die das bekommen haben, sie nicht mehr ganz absitzen müssen. Auch da sehe ich punktuelle Möglichkeiten zu kleinen Reformen, allerdings nicht bei so großen Fragen, die riesige Haushaltsmittel aus Polizei und Sicherheitsetat in Sozialtats umschichten – zumal da der Bund ohnehin nicht die Zuständigkeit hat, sondern das macht eben in einem föderalen Land, wie bei uns auch, machen das die Länder und die Kommunen. Bildung ist so was Ähnliches, da hat der Bund eingeschränkte Zuständigkeiten. Aber auch da könnte ich mir vorstellen, dass es für Pilotprojekte um Schulen, die in benachteiligten Gebieten liegen, mit vielen benachteiligten Menschen, dass es da auch punktuelle Verbesserungen gibt, aber nicht in der Grundphilosophie. Die Republikaner wollen nach wie vor, dass man öffentliche Gelder auch mit sogenannten Vouchern im Grunde auch für den Privatschulbesuch nutzen kann und die Demokraten lehnen das wegen den starken Lehrgewerkschaften, die bei der Demokratischen Partei eine unheimlich starke Lobbygruppe sind, ab. Also in der Grundphilosophie keine Übereinstimmung, punktuell ja.

Anja Schüler: Dann werfen wir doch abschließend doch nochmal einen Blick auf die Republikanische Partei. Da ist ja schon von einer Existenzkrise die Rede. Wie sieht die Zukunft der Republikaner aus? Nach den Ereignissen von der letzten Woche?

Martin Thunert: Ja, die letzte Woche hat sicherlich nochmal einige Risse, die schon da sind zwischen Leuten, die die auch persönlich gegenüber Trump sehr loyal waren, und den anderen aufgemacht. Ich glaube aber grundsätzlich, dass in den USA jeder weiß, dass es mit Abspaltungen, Parteispaltung, dass das fast immer in der Geschichte

ins Nichts geführt hat, aufgrund des Wahlrechts und einiger anderer Faktoren. Also ich sehe eigentlich keine existenzielle Krise, wenn man auf die Parteianhänger schaut, denn da sagen, wenn die Umfragen, wie gesagt, nicht ganz lügen, die Umfrage, auf die ich mich beziehe, kommt von Rasmussen, das ist sicherlich eine Agentur, die stärker überhaupt den Republikanern zuneigt, aber die sagen, 72% der vor Weihnachten Befragten, als sie gefragt wurden, wollt ihr jemand, der die Partei führt, der eher so in die Trumpsche Richtung geht, ohne Trump zu sein, oder der so den Traditionsrepublikaner in der alten Kongressfraktion repräsentiert. Und da haben sich, wie gesagt, fast drei Viertel für die Trump'sche nationalkonservative Richtung ausgesprochen. Allerdings haben auch über 50% gesagt, wir wollen, dass diese Richtung ein neueres, frischeres und jüngerer Gesicht vertritt, und nur 30% oder weniger haben gesagt, wir hoffen, dass Trump das nochmal macht in vier Jahren. Deswegen denke ich schon, dass es nicht zu einer Rückkehr zu einem Traditionsrepublikanismus kommt, weder komplett in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, noch in der Handelspolitik, noch in der sehr globalistischen interventionistischen Außen- und Sicherheitspolitik. Viele der jüngeren Leute, da gibt es auch ein paar Ausnahmen, sind Trumpisten, also Tom Cotten erwähnte ich schon, auch die beiden jetzt in Verruf geratenen Senatoren Cruz und Hawley, Gouverneurin Kristi Noem aus dem Kleinstaat South Dakota. Und dann gibt es welche, die keine Trumpisten sind, die auch vor vier Jahren oder fünf Jahren, als die Primaries begannen, sehr stark gegen Trump waren, da kam Nikki Haley, die aber dann später seine U.N.-Botschafterin wurde und sich loyal verhalten hat, oder auch Marco Rubio, den Trump damals in Florida vernichtend geschlagen hat, die aber auch auf die neue Grundlinie der Partei eingeschwenkt sind. Also das sind alles mögliche Führungsfiguren, und für mich ist der große Unbekannte eigentlich Vizepräsident Mike Pence. Ich glaube, bei ihm ist alles möglich. Er kann vielleicht die verbindende Figur sein, auch wenn er kein mitreißender Politiker ist, um es mal vorsichtig auszudrücken, aber das muss ja nicht immer sein, Biden ist es auch nicht und er hat gewonnen, er kann, er könnte das Verbindungsglied zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei sein. Er könnte aber auch, gerade weil er vielleicht zu wenig direkte Hausmacht hat, mit Ausnahme der Evangelikalen, könnte auch irrelevant werden. Das ist aber eine spannende Figur. A) Was will er und welche Bindung hat er in der Partei über die evangelikalen Christen, zu denen er ja selbst gehört und weswegen er auch damals von Trump ausgesucht wurde, um diese Wählergruppe hinter ihn zu bringen,

ohne die man als Republikaner nicht gewinnen kann, wenn man die nicht voll mobilisiert? Das ist für mich die spannendste Personalie der nächsten vielleicht 18 Monate oder so. Andererseits müssen wir immer das Überraschungsmoment finden: wenn wir diesen Podcast im Jahr 2012 nachdem nach der Wiederwahl Obamas gehabt hätten, und ich hätte als Experte gesagt, der nächste Präsidentschaftskandidat der Republikaner ist Donald Trump, dann hättest du das rausgeschnitten, um mich nicht zu kompromittieren und zwar zu Recht, und da müssen wir mal sehen. Wir müssen auch immer mit einem ziemlichen Überraschungsmoment rechnen, gerade in der U.S.-Politik sind wir sehr gut beraten, wenn wir uns nicht zu sicher sind, was Prognosen angeht.

Anja Schüler: Ich glaube aber, wir haben in 33 Folgen außer "ahs" und "ähs" noch nie was aus dem Podcast rausgeschnitten.

Martin Thunert: Nein, nein, das war jetzt ironisch gemeint, um mich zu schützen, weil eigentlich hätte man mich dann für verrückt erklärt schlicht, ja, also du hätte es gut mit mir gemeint, wenn du das rausgeschnitten hättest.

Anja Schüler: Ich teile deine Ansichten über Mike Pence, dessen Rolle ja in der letzten Woche eigentlich auch ganz interessant war. Ganz herzlichen Dank für deine Einschätzungen, Martin. Wir haben es schon mehrfach erwähnt, am kommenden Mittwoch werden Joe Biden und Kamala Harris ihre Amtseide ablegen. Wir hoffen natürlich, dass diese Amtseinführung reibungslos abläuft, und wir wissen, dass die Ereignisse in den USA uns auf alle Fälle weiter beschäftigen werden; bleiben Sie dem HCA Podcast also treu. Das war unsere aktuelle Ausgabe. Mein Name ist Anja Schüler, und ich möchte Sie noch hinweisen auf die Ruperto Carola Ringvorlesung, deren Beiträge Sie immer mittwochs auf heiONLINE abrufen können, der Plattform für digitale Vortragsformate an der Universität Heidelberg. In dieser Woche finden Sie dort ein Gespräch des Heidelberger Kirchenhistorikers Jan Stievermann mit dem Journalisten Daniel Silliman über Religion und Politik nach Trump. Für heute verabschiede ich mich wie immer mit Dank an mein Team für die Unterstützung und an Sie für Ihr Interesse. Wenn Sie mögen, hören wir uns in der nächsten Woche wieder. Bis dahin, bleiben Sie gesund.